

Der „Gesellschaftsrat“ der Letzten Generation: Dokument eines hartnäckigen Demokratieidealismus

I.

Die Letzte Generation hat mit ihren diversen Störaktionen etwas erreicht, was sich hierzulande überhaupt nicht von selbst versteht: Sie hat Aufmerksamkeit erfahren, eine öffentliche Befassung mit ihr und ihrem Anliegen – bis hinein in die deutschen Leitmedien und sogar durch einige Parteifunktionäre von Rang und Namen. Sehr bald hat sich unter den vielen Rezensenten ein recht weitgehender Konsens herausgeschält:

– Was die deutsche Politik in der Klimafrage betreibt, dürfen die Aktivisten ruhig schlecht finden – dafür haben die sogar guten Gründe.

– Ihren Ärger darüber sollen sie ruhig publik machen, die Politik lauthals anklagen und für ihre Anklage auch Werbung machen – das ist ihr gutes demokratisches Recht.

– Die praktische Missachtung ihrer Einwände haben sie sich gefallen zu lassen – das ist ihre demokratische Pflicht.

Die Letzte Generation muss ihren Protest also praktisch so behandeln, als wäre die außerordentliche Aufmerksamkeit, die sie für ihr Anliegen erfährt, selbst schon ihr hauptsächlich Anliegen. Was ihr auf allen Kanälen mitgeteilt wird – rhetorisch in zahlreichen Talkshow-Begegnungen und Interviews, praktisch durch noch zahlreichere Ordnungsmaßnahmen bis hin zur Kriminalisierung der gesamten Organisation –, ist insofern eine erdemokratische Tatsache: Das ausgeprägte Klimabewusstsein und die akute Angst dieser Aktivisten in allen Ehren, es steht ihnen schlicht nicht zu, über die Pflichten und Prioritäten der Politik zu entscheiden. Die zu irgendetwas zwingen zu wollen, und sei es bloß zu dem, wozu die sich irgendwann vertraglich verpflichtet hat: Dazu haben diese Leute nicht das Recht, denn dazu haben sie nicht die Macht. Die liegt bei den aktuellen Machthabern im Parlament und in der Regierung. Dort und nirgends sonst gehört sie hin; so will es das demokratische Verfahren.

So gerät die Befassung mit dem Anliegen der Letzten Generation schnell zu einer einseitigen Belehrung über einige Basics des demokratischen Gemeinwesens. Im Zentrum steht die Beteuerung, dass die Bürger in der Klimafrage doch längst zu Wort gekommen sind. Das Ergebnis sitzt schließlich im Bundestag. Das stimmt ja auch: Die Deutschen haben erst neulich ihren Standpunkt zur Klimafrage wie zu allen anderen Fragen des Gemeinwesens artikuliert – in der einzigen Sprache, in der die Politik sie versteht, die also einzig für sie vorgesehen ist: mit lauter Ja-Worten zur Regierungsmannschaft ihrer Wahl. Ihre einsilbigen Meinungen dazu, wer die Macht im Lande haben soll, wer die Pflichten und Prioritäten des Gemeinwesens für die nächste Legislaturperiode maßgeblich bestimmt, sind auch ordnungsgemäß zusammengezählt worden; aus den Zahlenverhältnissen haben die Ampelparteien eine Ampelkoalition gezimmert. Die hat nun das Wort; auf das hat das Volk zu hören – natürlich nur bis zur nächsten Wahl, bei der das Volk wieder auf die gewohnte Art mitreden darf. Noch Fragen?

Offenbar schon.

II.

„Warum brauchen wir einen Gesellschaftsrat? Es ist an der Zeit, dass unsere Demokratie demokratischer wird. Zeit, dass die Macht der 1 % hin zu den 99 % wandert. Es ist an der Zeit, dass die Bürger:innen selbst über Klimaschutz entscheiden können. Die Mehrheit der Gesellschaft will nicht an diesem tödlichen Kurs zugrunde gehen. Die Mehrheit will Klimasicherheit. Nachdem die Bundesregierung gezeigt hat, dass sie nicht bereit ist, die

einfachsten Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen, wie das 9-Euro-Ticket und ein 100km/h Tempolimit, müssen wir anerkennen: Unsere demokratischen Verfahren sind für einen angemessenen, sozial verträglichen und gerechten Umgang mit der Klimakrise offenbar nicht demokratisch genug. Was wir brauchen, ist ein tiefgreifender Wandel. Unsere Demokratie muss dringend wieder handlungsfähig werden, damit wir die Klimakatastrophe noch rechtzeitig verhindern. Wir fordern die Bundesregierung deshalb dazu auf, eine geloste Notfallsitzung einzuberufen, um die Wende einzuleiten: den Gesellschaftsrat.“ (letztegeneration.de/gesellschaftsrat)

Dass die Letzte Generation das bestehende demokratische Verfahren nicht hinnehmen will, ist sehr nachvollziehbar angesichts dessen, was dabei für ihr Anliegen herauskommt. Dass sie es nicht demokratisch genug findet, ist sehr ärgerlich angesichts dessen, was es gerade in diesem Fall offensichtlich leistet und auch leisten soll: Es ist eine Methode des Machterwerbs, insofern ein Mittel derer, die ihre Macht darüber erwerben und ausüben; es setzt ihre Herrschaft frei und ins Recht; dafür wollen und benutzen sie die Zustimmung der Regierten; und dafür ist sogar die schärfste Unzufriedenheit gut und produktiv, sofern die sich ans Verfahren hält. Diesen Sinn und Zweck des demokratischen Verfahrens missverstehen die Klimaaktivisten insofern gründlich – freilich auf eine Art und Weise, die zum offiziellen Selbstverständnis der Demokratie gehört:

Dass die Machtfrage im Lande durch ein Mehrheitsverfahren geregelt wird, wird damit verwechselt, dass diese Macht dann der Mehrheit zu dienen hat. Anders ausgedrückt: Dass die Macht im demokratischen Staat „vom Volk ausgeht“, wird in den Imperativ übersetzt, dass diese Macht dem Volkswillen zu gehorchen hat. In aller Regel ist diese Lebenslüge der Demokratie hauptsächlich für eine zweifelhafte politische Kultur gut; in der beschweren sich freie und selbstbewusste Menschen laufend darüber, von Machthabern betrogen worden zu sein, die sie ein ums andere Mal ins Amt wählen. Ganz so, als ob sie nicht wüssten, was sie in der Wahlkabine haben aufschreiben dürfen und was eben nicht, stimmen sie laufend die inoffizielle Hymne demokratischer Bürger an: „Das haben wir aber nicht bestellt!“

Es bei dieser Enttäuschung belassen, was „die da oben“ schon wieder untereinander gegen den Willen der eigentlichen Mehrheit ausgekugelt haben, will die Letzte Generation offenkundig nicht; von der Täuschung ablassen, die Politiker müssten in einer Demokratie eigentlich der Mehrheit praktisch zustimmen und nicht umgekehrt, will sie aber auch nicht. Sie entschließt sich also zu einer eigenartigen Form von Systemkritik: Wenn die Demokratie – schon wieder, obwohl doch klar sein müsste, dass ... – nicht hergibt, was man für das wohlverstandene Eigeninteresse der allerallergrößten Mehrheit hält, dann muss etwas am Verfahren schief sein.

Also schlägt sie ein neues, noch demokratischeres vor:

„Was ist der Gesellschaftsrat?“

Die Grundidee des Gesellschaftsrates ist es, den Bürger:innen wieder mehr zuzutrauen. Wenn Menschen von Expert:innen zu einem Thema informiert werden, miteinander in den Austausch gelangen und dabei die Perspektiven des jeweiligen Gegenübers kennenlernen, dann finden diese Menschen gemeinwohlorientierte Lösungen. Dies ist der Kerngedanke unserer Forderung. Sowohl von den Maßnahmen gegen die Klimakrise als auch von den Auswirkungen werden alle früher oder später betroffen sein. Es geht um unser Überleben. Daher müssen auch möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen mitbestimmen können, wie wir die Katastrophe

VORTRAG & DISKUSSION

Zur Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland

Referent: ein Redakteur des GEGENSTANDPUNKT

Frankfurt: Mittwoch, 1. November 2023, 19 Uhr
DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69
Zugang über den Hof
Veranstalter: farbeROT

Marburg: Montag, 30. Oktober 2023, 19 Uhr
Seminargebäude, Raum 305 (+3/0050), Pilgrimstein 12
Veranstalter: Gruppe GegenSatz

„Die Lage der Arbeiterklasse“ – was soll das sein? Eine Geschichtsstunde über das 19. Jahrhundert, Manchester? Oder über die stolze Vergangenheit des Ruhrgebiets mit seinen Kohlekumpeln? Oder über den unterdrückerischen Arbeiter-und-Bauern-Staat im deutschen Osten, den es längst nicht mehr gibt? Überhaupt: „Arbeiter“? Wer heutzutage so daherredet, macht sich lächerlich, outet sich als dogmatischer marxistischer Romantiker. Denn jeder weiß doch: Große Industriebelegschaften in Blaumännern sind total out, sie sind kein passendes Bild für die heutige Berufswelt, denn die ist vor allem unverkennbar *vielseitig* und *bunt*.

Stimmt. Da verdienen Liefer-Helden und Digital Natives mit ihrem Laptop bzw. auf dem Fahrrad Geld, ganz frei und individuell. Es gibt Jobs für alle Kompetenzniveaus, persönliche Vorlieben und auch für knappe Zeitbudgets, und jeder Posten steht allen Geschlechtern offen. In den Büros, den klassischen wie denen im eigenen Wohnzimmer, wird KI- und Cloud-gestützt gearbeitet, ohne antiquierte Stechuhr zu Vertrauensarbeitszeiten...

Und? Gibt es da etwa keinen gemeinsamen Nenner? Kennt den nicht auch jeder, irgendwie? Die modernen Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse hinter all dem bunten Lack und den vielen Buzzwords mögen alles Mögliche sein, in seltsamer Eintönigkeit sind sie vor allem ziemlich *prekär*. Das gilt denselben Leuten, die über die neuen digitalen Möglichkeiten so gerne staunen, inzwischen als so *normal*, dass ausgerechnet die biedereren, bescheidenen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Blaumänner aus dem vorigen Jahrtausend wie ein ferner Traum anmuten: „Diese Zeiten“, so hört man, mit lebenslanger Betriebszugehörigkeit, „Samstags gehört Vati mir“ und geregelterm Feierabend, sind für die Masse der erwerbstätigen Menschheit „nun mal einfach vorbei“. Wer sich heutzutage zur Stammsbelegschaft in einem großen Industrieunternehmen zählen darf, um die sich nebenbei noch eine gewerkschaftliche Lobby kümmert, gilt da schon als jemand, der es gut getroffen hat...

Angeboten wird eine abweichende Bilanz über die modernen Arbeitsverhältnisse in Deutschland und darüber, wie sehr die politische Obrigkeit mit all ihrer Zuwendung in der aktuellen Inflationslage praktisch davon ausgeht, dass sie es bei ihrem Erwerbsbürgervolk nach wie vor mit einer *lohnarbeitenden Klasse* zu tun hat. Auch wenn von der niemand mehr etwas wissen will; am wenigsten die Betroffenen selbst.

noch aufhalten und eine bessere Welt gestalten. Hierfür braucht es mehr Demokratie.

Der Gesellschaftsrat baut auf dem Instrument des Bürger:innenrates auf. Dieser setzt sich zusammen aus zufällig gelosten Menschen, die die Bevölkerung Deutschlands nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationshintergrund bestmöglich abbilden. Auch der Gesellschaftsrat soll ein Abbild der Bevölkerungszusammensetzung sein, quasi ein „Deutschland in klein“. Die Zusammenstellung des Gesellschaftsrates sorgt für sozial gerechtere Lösungen, da Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft zusammenkommen und in den Beratungen gleichberechtigt sind, sodass alle Perspektiven berücksichtigt werden.

Die zufällig gelosten Teilnehmenden am Gesellschaftsrat (= „Gesellschaftsrät:innen“) erarbeiten in einem definierten Zeitraum die nötigen Schritte unter der Fragestellung: Wie beendet Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe? Diese Schritte werden in einem Gutachten festgehalten und der Bundesregierung übergeben. Wir fordern, dass die Bundesregierung öffentlich zusagt, die Maßnahmen des Gesellschaftsrates umzusetzen. Dieses Versprechen ist das Zeichen, dass die Stimme der Bürger:innen ernst genommen wird.

Zu allen Hintergründen werden die Gesellschaftsrät:innen von verschiedenen Expert:innen mit Fakten und Perspektiven versorgt und können in ihren Beratungen auf weitere benötigte Fachexpertise zugreifen. Dies ist wichtig, da Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen im Gesellschaftsrat aufeinandertreffen und es allen ermöglicht werden soll, auf Augenhöhe an den Beratungen teilzunehmen. Alle sollen aufeinander möglichst gleichen Wissensstand gebracht werden. Zudem findet die Entwicklung der konkreten Maßnahmen in professionell moderierten Kleingruppen statt. Der gesamte Prozess wird medial begleitet und das ganze Land fiebert mit, was der Rat bespricht. Am Ende werden alle Maßnahmen in einem Transformationsplan Deutschland 2030 zusammengeführt.“ (Ebd.)

Kurz: Dieses ausgeklügelte Beratungs- und Entscheidungsgremium soll aus dem wissenschaftlich verbürgten, wohlverstandenen Eigeninteresse aller Menschen am effektiven, sozial gerechten Klimaschutz als höchster Priorität des Gemeinwesens einen wahrhaft gesellschaftlichen Willen erzeugen – einen, der von einem genuin repräsentierten Deutschland bewusst und begründeterweise geteilt wird. Umgekehrt soll aus einem – eigentlich – schon vorhandenen Willen der eigentlich längst ▶

vorhandenen Mehrheit ein spruchreicher und aktionsfähiger Beschluss folgen. Damit geben diese Aktivisten die Misstrauenserklärung der Politik gegenüber den Bürgern, als die sie das bestehende demokratische Verfahren verstehen und für ungerecht befinden, gewissermaßen zurück – als eine institutionalisierte Misstrauenserklärung gegen die Elite in Wirtschaft und Politik:

„Häufig wird uns vonseiten der Regierung vorgeworfen, wir sollten lieber helfen, Mehrheiten zu organisieren. Hiermit spielen wir den Ball zurück: Die Mehrheit der Gesellschaft will nicht in diesem tödlichen Kurs zugrunde gehen. Sie will mehr Klimasicherheit. Und doch passiert in der Politik zu wenig, zu langsam, die 99 Prozent finden keine Beachtung.“ (Ebd.)

Demnach ist für die Bildung – die Aktivisten würden sagen: Abbildung – des allgemeinen gesellschaftlichen Willens ganz entscheidend, dass sie nicht durch die äußerst einseitigen Machtverhältnisse in der Ökonomie beeinflusst – sie würden sagen: verfälscht – wird: Die ökonomische Übermacht der reichen Minderheit darf keine Rolle spielen, wenn das demokratische Übergewicht der Mehrheit zum Zuge kommen soll. Dies der entscheidende Unterschied zur deutschen repräsentativen Demokratie: „Da die Teilnehmenden nicht auf ihre Wiederwahl angewiesen sind oder sonstigen Zwängen unterliegen, sind sie weniger anfällig für die Einflussnahme bestimmter Interessenvertretungen.“ (Ebd.) Und die politische Macht, also die gewählten Politiker müssen ihre eigene Handlungsunfähigkeit einsehen und ihre Macht in den Dienst von Beschlüssen stellen, zu denen sie selbst eingestandenermaßen nicht in der Lage sind. Das soll jedoch explizit nicht als „die Entmachtung der Regierung und des Parlaments“ verstanden werden, vielmehr als dessen „Ergänzung“:

„Die Forderung nach einer demokratischen Ergänzung zur repräsentativen Demokratie ist nicht antidemokratisch. Mit der Forderung nach einem Gesellschaftsrat wird die repräsentative Demokratie nicht abgeschafft, sondern so ergänzt, dass sie wieder handlungsfähig wird. Des Weiteren

sind die Abgeordneten des Parlaments gewählte Volksvertreter:innen. Wenn sie sich zur Einberufung des Gesellschaftsrats entscheiden, tun sie das, weil sie davon überzeugt sind, dass das der beste Weg ist, uns aus der Krise herauszuführen.“ (Ebd.)

Es ist schon ironisch: Eine Bewegung, die Wissenschaft und Vernunft dermaßen hochhält und es partout nicht leiden kann, wenn von harten Tatsachen interessiert weggeschaut wird, bietet hier eine Art Musterbeispiel von genau dem, was sie verachtet: Die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die die Letzte Generation vor sich hat und gegen sich sieht, werden von ihr nicht angetastet, sondern auf absurde Weise weggedacht:

– Es ist eine Sache und sehr nachvollziehbar, dass die Letzte Generation sich weigert, das große Geschäft mit dem Verkauf, dem industriellen und individuellen Verbrauch von fossiler Energie und überhaupt die Macht des großen Geldes als unverzichtbare Dienstleistungen anzuerkennen, die nur diejenigen übel finden können, denen der Lebensunterhalt der Menschen egal ist. Da bekommen es die Klimaaktivisten mit der zynischen Forderung zu tun, die etablierte Abhängigkeit vom kapitalistischen Geschäft als Grund für die Parteinahme für dessen Freiheit und Gelingen einzusehen. Sie sollen die Zumutung mitmachen, ein – mit Staatsgewalt durchgesetztes und mit der geldwerten Macht des Eigentums ausgeübtes – ökonomisches Herrschaftsverhältnis als eine „nun einmal“ existierende sachliche Gegebenheit zu nehmen, der nur widersprechen kann, wer sich der Realität selbst verweigert. Es ist aber eine andere Sache und überhaupt nicht nachvollziehbar, dass die Letzte Generation die ökonomische Macht der einen und die existenzielle Abhängigkeit der anderen gar nicht erst wahrhaben will, weil beides in ihr demokratisches Idealbild nicht hineinpasst. Das herrschende Interesse, mit dem die Letzte Generation es da zu tun bekommt, skandalisiert sie ausgerechnet mit einem Slogan („1 %“), der es extrem verniedlicht: als das Anliegen von bloß ganz, ganz wenigen, das eigentlich keine Beachtung verdienen würde, wenn die Gesellschaft der herrschaftsfreie Dialog wäre, als den sie sie per Gesellschaftsrat in-

szenerien will. Dazu gehört offenbar die alberne Vorstellung, die Macht des großen Geldes wurde vor allem mit den Peanuts ausgeübt, die in die lobbymäßige Bearbeitung der Politiker fließen, und nicht mit der Bestimmungsmacht über die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft, die die bürgerliche Staatsgewalt den kapitalistischen Unternehmern mit ihrer Eigentumsgarantie verleiht. Wenn man den Gehalt und die Reichweite dieser Macht schlicht ausklammert, dann ist es offensichtlich sehr leicht, das Hindernis für die Planetenrettung zu überwinden, das die Letzte Generation in dieser Macht sieht: Niemand muss enteignet werden, die Ohren der Entscheidungsträger müssen nur gegenüber den wenigen Geldsäcken effektiver dicht gemacht werden; mit einer entsprechenden Verfahrensänderung ist es schon getan.

– Bei der politischen Macht der Regierung und der Parlamentarier heißt das, dass man die eigenen Ohren für die Gründe und Ziele der Politik in Sachen Klimaschutz und Energiepolitik fest genug zumachen muss. Das gelingt den Aktivisten anscheinend recht gut, wenn sie in Regierung und Parlament – übrigens: mitten in einer kriegsbedingten „Zeitenwende“, in der die Regierung ihrem so prächtigen kapitalistischen Industrieründer eine beschleunigte Energie-wende mit allen Konsequenzen verordnet, und mitten in einer deutsch-europäischen Offensive zur Eroberung des Weltmarkts für grüne Energien – nichts als Handlungsunfähigkeit bzw. Hörigkeit gegenüber ein paar gut betuchten Einflüsterern heraushören können.

Man kann nicht sagen, dass die Adressaten ihres Protests nicht einiges getan hätten, um der Letzten Generation deutlich zu machen, dass sie viel mehr und anderes gegen sich haben als die Unverantwortlichkeit der aktuellen Machthaber und ein nicht ganz perfektes politisches Entscheidungsverfahren. Aber genau das wollen die Klimaaktivisten eben nicht hören: Sie weigern sich, die gesellschaftliche Machtfrage anzunehmen, vor die sie gestellt werden, leisten sich stattdessen den Widerspruch, die Bestimmungsmacht über die Produktion und die Reproduktion der Gesellschaft und darüber, wer was darf und worum es gesellschaftlich überhaupt zu

gehen hat, darüber umsteuern zu wollen, dass sie daneben – also ohne die dazugehörige Macht – ein allgemeines Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung institutionalisieren. Sie nehmen sich also das widersprüchliche Ideal einer garantiert nicht bloß partikularen, sondern genuin allgemeinen Lobby vor; die Macht dieser Allgemeinheit liegt schlicht in der Hoffnung, dass eine so gewissenhaft und gerecht konzipierte allgemeine Verantwortungsgemeinschaft von den wirklichen Bestimmern der wirklichen Gemeinschaft endgültig nicht ignoriert werden kann. Mit anderen Worten: Sie bringen es zu einem weiteren Dokument der Ohnmacht, zu der die demokratische Politik sie und ihre ganze wissenschaftlich untermauerte Klimaver-nunft verdammt: als eine zwar anerkannte, aber unverbindliche Meinung.

Es hilft der Letzten Generation nicht einmal, dass ihr Gesellschaftsrat ausdrücklich kein Auftakt zur Gründung einer deutschen Räterepublik sein will. Das Offensichtliche, nämlich die institutionalisierte Misstrauenserklärung an die Politiker der BRD reicht allemal aus, um ihr den Vorwurf einzubringen, sie würde den „Weg in den Willkürstaat“ (K. Kuhle, FDP, bei „Hart aber Fair“) beschreiten. „Wo ist da die Demokratie? Demokratie ist, wenn Bürger wählen und nicht das Los.“ (G. Connemann, CDU, ebd.) So ist man dann wieder am Ausgangspunkt, beim Kernanliegen der Demokratie, bei der Freiheit und Legitimität der Macht.

Die deutsche Klimaschutzpolitik, d.h. die Minderung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen, des Verbrennungsgases fossiler Energiebewirtschaftung, am Standort D ist deckungsgleich mit dem Programm einer neuen nationalen Energie- und Rohstoffversorgung, das Deutschland unabhängiger machen soll von der Nutzung überwiegend auswärtiger fossiler Rohstoffe. Hierzu sind im Dossier **Klimawandel, Klimaschutz und Klimaprotest** des GEGENSTANDPUNKT weitere Artikel frei verfügbar. (gegenstandpunkt.com/klima)

„Zeitenwende“ – Was Deutschland dafür jetzt alles braucht Ein kriegstauglicher Staatshaushalt als kapitalistischer Normalzustand

Der neue Shootingstar der Regierung, Verteidigungsminister Pistorius, vermeldet, dass der Beschluss zur Aufrüstung und Ausweitung der Bundeswehr keine einmalige Angelegenheit, keine kurzfristige Behebung eines aktuellen Mangels ist, sondern ein dauerhaftes Projekt mit einer sehr bekannten Zielmarke:

„Es geht darum, das **Zwei-Prozent-Ziel** im Durchschnitt der nächsten Jahre zu erreichen. Außerdem werden wir das **Sondervermögen** in die Berechnung mit einbeziehen. Die zwei Prozent setzen sich also aus dem jährlichen Verteidigungsetat und den jeweiligen Ausgaben aus dem Sondervermögen zusammen.“ (Pistorius)

Was so defensiv als Widerruf vorheriger Zögerlichkeit und Erfüllung der eigentlich längst überfälligen Ausgabenverpflichtungen im NATO-Bündnis daherkommt, ist eine Ansage bezüglich Wille und Fähigkeit Deutschlands. Denn zwei Prozent Verteidigungsausgaben sind, weil in Form des BIP aufs nationale Wachstum bezogen, keine Kleinigkeit, sondern als gewaltige Investition in den eigenen Gewaltapparat der projektierte Aufstieg zur europäischen militärischen Führungsmacht. Durchaus sachgerecht ist im begleitenden Streit mit der Opposition und in der Öffentlichkeit das einzige Thema, ob die Verrechnung des Sondervermögens mit dem jährlichen Verteidigungsetat auch hin- und hergerechnet ist; die nationale Notwendigkeit muss gar nicht erläutert werden, weil sie unterstellt und von allen Regierungsparteien inklusive CDU/CSU-Opposition geteilt ist. Fest steht ebenso, dass das problemlos geht. Alle Regierungsverantwortlichen verbuchen die zusätzliche Verschuldung für die Aufrüstung nicht als Belastung für die Kreditwürdigkeit des Staates, sondern gleich als gesichertes Guthaben, als Vermögen, über das sie frei verfügen, bei dem einzig die Frage ist, wann und wie es aufgebraucht wird. Alle Seiten sind sich sicher, dass Schulden, die explizit für den militärischen Aufstieg der Nation aufgenommen werden, grundsätzliche

sind und die Verschuldungsfähigkeit des Staates in keiner Weise mindern. Wenn die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt in den Ausbau ihrer Gewaltmittel investiert mit dem Ziel, sich so unbestreitbare internationale ‚Handlungsfähigkeit‘ zu verschaffen, den Rest Europas militärisch in die eigenen Direktiven einzuordnen und sich so als wichtiges, mitbestimmendes NATO-Mitglied anerkannte Weltordnungskompetenz zu verschaffen: dann ist dieses sehr gehobene Niveau an Durchsetzungsmacht für Finanzkapitalisten ein unschlagbares Argument, auf ihre Schuldnerqualität und ihr Kreditgeld zu vertrauen.

Für Wachstum wird damit auch noch gesorgt: Den deutschen Rüstungsunternehmen wird mit der eigenen Aufrüstung, dem gestiegenen Bedarf der NATO-Partner und weiterer Nationen ein sicheres gigantisches Wachstumsfeld organisiert. Insgesamt gilt: Von dem entschiedenen Interesse der Finanzinvestoren an diesen Staatsanleihen – und der darin enthaltenen positiven Wirkung auf den Euro – will und kann die politische Klasse einfach ausgehen.

Auf der Basis der so beanspruchten Freiheit zu kreditfinanzierter Aufrüstung, zugleich getrennt davon, setzt der Finanzminister für den Haushalt, aus dem das Sondervermögen Bundeswehr ausgeklammert ist, die Einhaltung der **Schuldenbremse** auf die Tagesordnung:

„Was wir tun müssen, ist, wieder Einnahmen und Ausgaben dieses Staates in eine Balance zu bringen. Wir sind gefordert, Haushaltspolitik wieder aus den Augen der Kinder zu betreiben, die auch einen handlungsfähigen Staat erwarten dürfen. Was wir tun müssen, ist Kinder-Zukunftssicherung dadurch, dass wir nicht dauerhaft den Staat in seinen Finanzierungsmöglichkeiten überfordern.“ (Lindner)

Im Klartext: Ein finanziell handlungsfähiger Staat mit dauerhaft soliden Finanzierungsmöglichkeiten hängt an seiner Verschuldungsfähigkeit, also an der Kreditwürdigkeit, die der Staat

im Urteil der ‚Finanzmärkte‘ hat. Und für diese Instanz sind viele Schulden per se kein Problem, solange der Staat mit ihnen ein kapitalistisches Wachstum herbeiregert; die gelaufene und erwartete Ertragskraft der nationalen Reichtumsvermehrung rechtfertigt diese Schulden. Die Schuldenbremse selbst bezieht sich auf dieses Verhältnis, indem sie die erlaubte Neuverschuldung nicht in Beziehung zu irgendwelchen staatlichen Einnahmen, sondern zum nationalen BIP setzt. Indem der Staat so das Wachstum des BIP als Schranke seiner Freiheit zur Kreditaufnahme behandelt, macht er die Beförderung dieses Wachstums zu dem Zweck, dem die Ausgaben zu dienen haben, für die er sich verschuldet.

Der Imperativ „Wachstum“ ist die übergeordnete Prämisse für den Haushaltsplan, in dem alle Staatszwecke untereinander verrechenbar sind, aneinander relativiert und schließlich – materialisiert in wachsenden oder sinkenden Haushaltsanteilen – hierarchisiert werden. Ausgaben, die direkt das Wachstum fördern sollen, sind da erst einmal gut; die milliarden schwere Förderung einer „klimaneutralen“ Industrie und der nationalen Chipindustrie z.B. muss auf jeden Fall sein. Wo Zweifel am Beitrag zum Wachstum bestehen, vor allem bei Ausgaben sozialer Art, macht Lindner die Schuldenbremse als Schranke geltend: Hier ist „Sparen!“ angesagt, und mit der folgenden Debatte in Sachen „Wo?“ und „Was?“ landet Deutschland in einem Streit der Minister, in dem um Budgets und deren sinnvollen Einsatz gerechnet wird; also bei einer ganz selbstbezüglichen Auseinandersetzung über Recht und Unrecht von diversen Sonderinteressen und ihrer gesellschaftlichen Relevanz.

So arbeitet sich Deutschland auf die Erfüllung seiner finanziellen Selbstverpflichtung hin, und das ist dann gar nicht mehr selbstbezüglich, sondern gleich eine Vorgabe für die europäischen Partner.

„Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) dringt auf schärfere Regeln zum Schuldenabbau in Europa als bisher von der EU-Kommission geplant. Das geht aus einem Papier des Bundesfinanzministeriums an die Brüsseler Behörde [her]vor. Eine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes könne ‚nicht akzeptiert werden‘, hieß es dazu am Donnerstag aus Ministeriumskreisen.“ (faz.net, 6.4.23)

Deutschland verordnet so das Ende der ‚Krisenlage‘, die seit Anfang der Corona-Pandemie andauert und in der die europäischen Staaten sich eine größere Verschuldung genehmigt haben, um ihre nationalen Ökonomien am Laufen zu halten. Die fällige Verschärfung der Regeln setzt Deutschland faktisch in Kraft, ganz ohne auf zwischenstaatliche Regelung oder Absprache angewiesen zu sein: dadurch, dass es mit der Aufnahme neuer Staatsanleihen für einen wachstumsorientierten Haushalt den Maßstab setzt, an dem alle anderen europäischen Staatsanleihen gemessen werden und mit dem sie in Form von Zinsaufschlägen zu kämpfen haben. Darüber hinaus unterstreicht Deutschland mit der Wiedereinhaltung der Schuldenbremse seinen Status als Garant für die Solidität der Gemeinschaftswährung und beansprucht als solcher die Rolle, die Verschuldung der restlichen europäischen Mächte unter Aufsicht zu nehmen. Die soll nämlich keine Schwächung, sondern muss ein Beitrag zur Stabilität und Stärkung des Euro sein.

Mit der Kombination von – erstens – Schuldenbremse einschließlich der in ihr steckenden Aufsicht über die Stabilität des Euro und – zweitens – dem Projekt „Zeitenwende“ stellt sich Deutschland doppelt auf: Der solide Haushalt und das milliarden schwere Projekt der Eroberung einer kontinentalen Ausnahmestellung seines Militärs unterstreichen Deutschlands neue Normalität als ökonomische und militärische Führungsmacht Europas.

farbeROT empfiehlt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT

Das Jahr 2 des Ukraine-Krieges geht seinen Gang, der politische Wille dazu ist offensichtlich bei der russischen und der ukrainischen Führung ungebrochen, und auch den Nachschub an Menschen- und anderem Kriegsmaterial können beide Seiten einweilen sicherstellen. Für die Ukraine garantiert ja der Westen dafür, dass der Krieg nicht an Materialermüdung leidet und Kiew sogar zur ‚Gegenoffensive‘ befähigt wird. Russland verschleißt derweil seine militärischen Potenzen und hat die Überschreitung jeder ‚roten Linie‘ seitens der westlichen Ausstatter der Ukraine bisher hingenommen, ohne den Kriegsschauplatz auf die NATO-Anrainer auszuweiten – es läuft einfach gut für die in Washington, London, Berlin und Brüssel ansässigen Hüter des Weltfriedens. Begleitet wird das von Beginn an von beiderseitigen Warnungen vor dem Einsatz von Atomwaffen, für den Fall, dass... Ja, für welchen Fall eigentlich? In Russland ist das allen Ernstes inzwischen Gegenstand einer nationalen, hierzulande kaum wahrgenommenen Debatte über die **Bedeutung der nuklearen Abschreckung im Ukraine-Krieg**, also der seit Jahrzehnten aufrechterhaltenen wechselseitigen Drohung mit einem totalen Vernichtungsschlag, die Russland und die USA zur Grundlage ihrer Koexistenz gemacht haben. Diese Koexistenz sieht Russland bestritten, seine Atomwaffen helfen nicht dabei, der anderen Weltmacht den Respekt abzurufen, den es als Weltmacht beansprucht.

Wir erklären, inwiefern das über den weltpolitischen Sinn des Irrsinnigen wechselseitig vertrauensvoll zugesicherter Zerstörungsdrohung Auskunft gibt, wie ihn Amerika immer verstanden und betrieben hat und der mit dem Willen zu Frieden und Koexistenz noch nie etwas zu tun hatte, dafür sehr viel mit dem Anspruch Amerikas auf totale globale Handlungsfreiheit. Die nimmt es jetzt in der Ukraine wahr – und sorgt dafür, dass der Westen unter seiner Führung den **Kampf um die Organisation der Welt als antirussische Front** entschieden vorantreibt.

Und auch Deutschlands mit Kriegsbeginn prompt ausgerufene **Zeitenwende** hin zum Aufwuchs Deutschlands als militärische Kontinentalmacht neuer Art geht ihren Gang: von der Ampelkoalition vorangetrieben, von der staatstragenden Opposition einfühlend angefeindet, der im Wesentlichen alles viel zu langsam geht, so dass sich die Republik Monat für Monat immer weiter darauf verständigt, **Was Deutschland dafür jetzt alles braucht**. Unser Artikel erklärt die Logik der einschlägigen Fortschritte der Republik, die sich an ihren neuen Militarismus schon so gut gewöhnt hat, dass sich überhaupt nur noch die Frage stellt, wie man den mit den Erfordernissen des deutschen Wirtschafts- und Sozialstandorts kompatibel und alles füreinander nützlich macht.

Außerdem widmen wir uns auch in dieser Ausgabe des GEGENSTANDPUNKT der Grundlage für die fröhliche imperialistische Aufbruchsstimmung, die in diesem Land so selbstverständlich unterstellt ist, dass sie einfach keine Aufregung wert ist: der zivilen Benützung der Deutschen als mit billigen Löhnen bezahlte Dienstkräfte des deutschen Kapitals. Unsere Artikel widmen sich den Fortschritten beim **Niedergang der deutschen Gewerkschaften** und bei der **sozial- und rechtsstaatlichen Betreuung der kapitalistischen Ausbeutung am nationalen Standort**.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

3-23

„Zeitenwende“ –
Was Deutschland dafür jetzt alles braucht

Zur Bedeutung
atomarer Abschreckung im
Ukraine-Krieg

Der Kampf um die Organisation der Welt
als antirussische Front

Lohnkampf bei der Deutschen Bahn und bei Amazon
Tarifpolitik im Niedergang

Was die Staatskrise in Israel
mit dem Erfolg seiner Kein-Staat-
Lösung für Palästina zu tun hat

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger
GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern • MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel
GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Preis: 15 €

Bestellungen direkt beim Verlag unter www.gegenstandpunkt.com

Gute Nachricht für Niedriglöhner: Ihr Mindestlohn wird armutsfest, bleibt aber nachhaltig wettbewerbsfähig!

Frisch im Amt macht sich die Ampel unter Führung der sozialen SPD ans Werk und setzt das normale Prozedere der Anpassung des Mindestlohns außer Kraft, um den um sensationelle 1,55 € auf 12 € zu erhöhen. Schon ist er „armutsfest“: Wer das Kunststück vollbringt, sein gesamtes Berufsleben lang zu diesem Stundenlohn in Vollzeit zu arbeiten, genießt nicht bloß in seiner aktiven Zeit „Leistungsgerechtigkeit und Respekt vor ehrlicher Arbeit“ (Heil), sondern erreicht womöglich sogar mit der selbstverdienten Rente das soziokulturelle Existenzminimum, zu dem der soziale Staat sonst würderaubend aufstocken müsste. Wahlversprechen eingelöst.

Für die weitere Anpassung ist dann wieder die Mindestlohnkommission zuständig, waltet ihres Amtes gleich für die Jahre 2024 und 2025 und beschließt eine Erhöhung um jeweils 41 Cent. Das ist das sachverständig ermittelte Maß gemäß der Doppelaufgabe, „die Lohnkostensteigerungen für die betroffenen Betriebe vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaft-

lichen Lage tragfähig zu halten und zugleich die Verdienste der Beschäftigten zu stabilisieren“ (aus dem „Beschluss der Mindestlohnkommission nach § 9 MiLoG“, daraus auch alle folgenden Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet). Das mit dem Stabilisieren ist angesichts der Inflationsrate zwar ein schlechter Witz, dennoch erfüllt die Kommission den Teilauftrag, „zu einem angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beizutragen“, auf jeden Fall. Sie „orientiert“ sich nämlich „nachlaufend an der Tarifentwicklung“ und damit am Konsens der Sozialpartner. Mit diesem Orientierungsanker vollzieht sie ganz unparteiisch das Werk der Sozialpartner nach, die „im Rahmen der abgeschlossenen Tarifverträge auch die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Wettbewerbsbedingungen sowie Beschäftigungsaspekte berücksichtigen“. Gemäß den einschlägigen Sprachregelungen haben die also bereits dem Vorrang des Interesses an rentablen Lohnkosten vor den „Belangen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ Rechnung

getragen. So sind die im Sinne der Konzertierten Aktion beschlossenen Reallohnsenkungen eine passende Vorgabe auch für den zweiten Teilauftrag der Kommission, mit der Fixierung des Niedriglohnniveaus „Beschäftigung nicht zu gefährden“, die die Arbeiterschaft braucht und für die die Unternehmerseite zuständig ist.

Den Auftrag übererfüllt sie, indem sie die mageren Prozentzahlen der Tarifentwicklung auf 10,45 € als den eigentlichen Mindestlohn – also ohne übergreifenden Staatseingriff – bezieht und so den sozialen Überschwang der Politik im Sinne der „gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage“ bis Ende 2025 korrigiert.

Gut finden die Gewerkschaftsvertreter in der Kommission das nicht. Sie hatten ausgerechnet, dass der Mindestlohn für einen Mindestschutz eigentlich mindestens auf 13,50 € steigen müsste; sie „können dem Vermittlungsvorschlag der Vorsitzenden“ daher „nicht zustimmen“ und hängen als Kommissionsmitglieder eine folgen-

lose abweichende Stellungnahme an den Kommissionsbeschluss an. Der Arbeitsminister wiederum zeigt als *soziales Aushängeschild* seiner Partei volles Verständnis für die gewerkschaftliche Beschwerde, sieht sich aber als *praktisch Zuständiger* für die legislative Umsetzung des Kommissionsvorschlags außerstande, ihr Rechnung zu tragen:

„Er wisse, dass sich die Arbeitnehmer und Gewerkschaften einen höheren Mindestlohn gewünscht hätten, sagte der SPD-Politiker. Doch nach dem Mindestlohngesetz könne die Bundesregierung nur den Vorschlag der Kommission umsetzen oder nicht. Keine Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar wäre angesichts der Inflationsentwicklung nicht verantwortbar, sagte Heil.“ (FAZ, 27.6.23)

Heil erklärt sich ohnmächtig gegenüber der Kommission, deren Prozedere er schon außer Kraft gesetzt hatte, und hält sich zugleich die beschlossene Verarmung als seine eigene soziale Tat zugute. Respekt.

Hungerdiplomatie nach der russischen Kündigung des Getreide-Abkommens

Putin, so eine der schlimmsten den Feind, benutzt den Hunger als Waffe; eine Waffe, von der sich seine Gegner selbstverständlich überhaupt nicht beeindrucken oder von irgendetwas abhalten lassen, die sie vielmehr gegen ihn wenden, um ihn als Feind der Menschheit, der Familien und Kinder zu brandmarken. Wenn **Frau Baerbock vor der UNO** diese flammende Anklage vorträgt, richtet sie sich freilich nicht an die Menschheit, sondern an deren politische Obrigkeiten, vor allem an Staaten in Afrika und Asien, für die Ernährungssicherheit ein Problem, oft ein leidiges Erfordernis politischer Stabilität ist. Sie sollen an ihren Schwierigkeiten mit der Volksernährung Putin als Feind ihres Staates, den Krieg in der Ukraine als auch gegen sie gerichtet erkennen und mithelfen, diesen Staat als Paria der zivilisierten Welt zu ächten.

„Indem Straßen bombardiert, Häfen blockiert und Minen in Getreidefeldern in der Ukraine verlegt wurden, hat Russland das Feuer einer weltweiten Nahrungskrise weiter angefacht. Familien auf allen Kontinenten haben Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen, und Kinder gehen jeden Abend hungrig zu Bett. Und nun droht Moskau durch seine Ankündigung, sich aus der Schwarzmeer-Getreide-Initiative zurückzuziehen, noch mehr Menschen mit Not und Elend... Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um Menschlichkeit. Hier geht es um uns. Deshalb fordere ich Russland auf: Hören Sie auf, Hunger als Waffe zu benutzen.“ (Außenministerin Annalena Baerbock im UN-Sicherheitsrat, 17.7.23)

In einem ersten Schritt subsumiert die Außenministerin den ganzen Krieg unter das Verbrechen, den Welthunger zu schüren; was, wenn man so will, leicht zu haben ist, denn was am Krieg ist schon nicht hinderlich für Produktion und Transport von Lebensmitteln – so wie für alle anderen Momente des zivilen Alltags auch? Auf das überzeugende Argument, dass Putins Krieg gezielt Hunger erzeugt und instrumentalisiert, setzt sie noch eins drauf: Jetzt lässt er das Getreide-Abkommen auslaufen und entzieht damit noch mehr Menschen das Lebensnotwendige. Das Abkommen lobt sie als Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers. Dass Russland es ermöglicht hat, dankt sie ihm nicht; immerhin hat dieses dem ukrainischen Feind erlaubt, ein wichtiges Exportgut sicher durch Kriegsgebiet zu verschiffen und damit Einkünfte an Devisen zu erzielen. Nur für das Ende des Abkommens trägt Russland die Verantwortung. Kein Wort verliert Baerbock auch darüber, dass es eben ein Abkommen – über Vermittler organisiert – zwischen der Ukraine und Russland war, auf das sich auch die russische Vertragspartei wegen des Nutzens eingelassen hatte, den sie sich davon versprach. Sie forderte Ausnahmen von den westlichen Wirtschafts-sanktionen für ihre Agrar- und Düngemittel-Exporte: Auch sie sollten möglich sein und bezahlt werden können. Baerbock übergeht schlicht, dass Russland das Abkommen nur deswegen nicht noch einmal verlängert hat, weil es sich um seinen Nutzen aus dem Deal betrogen, also auch keinen Grund mehr sieht, seine diesbezügliche militärische Zurückhaltung fortzusetzen und der Ukraine ihren Vorteil zu lassen. Wenn die Außenministerin überhaupt darauf zu sprechen kommt, erklärt sie frech, dass die EU die eigentlichen Lebensmittelexporte gar nicht sanktioniert, aber auch nicht zugesagt habe, bei Schiffsversicherungen, der Erlaubnis für russische Schiffe, westliche Häfen anzulaufen, sowie bei der Abwicklung des mit den Exporten verbundenen Zahlungsverkehrs irgendetwas von ihren Sanktionen zurückzunehmen. Damit haben EU und USA im Ergebnis den russischen Export von Dünger und Lebensmitteln eben doch unterbunden, jedenfalls stark behindert und verteuert. Putins Versicherung, er würde sofort zu dem Abkommen zurückkehren, würde nur die andere Seite ihre Pflichten aus dem Deal erfüllen, wird als nicht ernst zu nehmende Feindpropaganda abgetan.

Die scharfe Bezeichnung Russlands fasst

sich dann doch in einer eher unscharfen Diagnose zusammen: Putin habe „das Feuer der weltweiten Nahrungskrise weiter angefacht“, also eine Krise verschärft, die offenbar andere Gründe hat. Die interessieren hier aber nicht; ihnen nachzugehen würde nur von der moralischen Vernichtung des Feindes ab- und ganz woanders als nach Russland hinlenken.

Der russische Präsident versteht sich auf die Retourkutsche; er präsentiert sich vor afrikanischen Staatschefs, die er in St. Petersburg zu einem Gipfeltreffen versammeln konnte, als Chef einer verantwortungsbewussten Weltmacht und erklärt in betonter Sachlichkeit, dass nicht sein Land es ist, das die internationale Ernährungssicherheit gefährdet:

„Urteilen Sie selbst: Im Laufe von fast einem Jahr wurden im Rahmen des ‚Deals‘ aus der Ukraine insgesamt 32,8 Mio. Tonnen Güter ausgeführt, mehr als 80 Prozent davon kamen in die Länder mit hohen und höheren Einkommen als der Durchschnitt, darunter die EU, während auf Länder wie Äthiopien, Sudan und Somalia sowie Jemen und Afghanistan weniger als drei Prozent von der Gesamtmenge entfielen – weniger als eine Mio. Tonnen. Dabei wurde keine einzige Bedingung des ‚Deals‘ erfüllt, die den Ausschluss der russischen Getreide- und Düngemittel-Ausfuhren auf die Weltmärkte aus den Sanktionen befreien... Von 262 000 Tonnen der Landwirtschaftserzeugnisse, die in europäischen Häfen blockiert sind, wurden nur zwei Partien – 20 000 Tonnen nach Malawi und 34 000 Tonnen nach Kenia – ausgeführt. Der Rest bleibt in den gewissenlosen Händen der Europäer, obwohl es sich um eine rein humanitäre Aktion handelt, die nicht von Sanktionen betroffen werden soll. Angesichts all dieser Faktoren hat die Fortsetzung des ‚Getreide-Deals‘, der seine humanitäre Bedeutung verloren hat, keinen Sinn. Wir erhoben Einwände gegen eine weitere Verlängerung des ‚Deals‘ – seit 18. Juli ist seine Umsetzung gestoppt. Ich will zusichern, dass unser Land imstande ist, das ukrainische Getreide sowohl auf kommerzieller, als auch auf unentgeltlicher Grundlage zu ersetzen – zumal in diesem Jahr bei uns wieder eine rekordhohe Ernte erwartet wird.“ (Eröffnungsrede Putins auf dem Russland-Afrika-Gipfel)

Durch seine Kündigung des Deals gehe den afrikanischen Partnern nichts verloren, was sie sonst bekommen hätten, es ist ja sowieso fast nichts von den ermöglichten ukrainischen Exporten in den Hungerregionen angekommen. Putin wirbt um die Unterstützung der Afrikaner in diesem Krieg, wenigstens dafür, dass sie sich nicht auf die Seite seiner westlichen Gegner schlagen, und verspricht, dass Russland als „starker und verantwortungsvoller Erzeuger“ 25 000 bis 50 000 Tonnen Getreide an Burkina Faso, Simbabwe, Mali, Somalia, die Zentralafrikanische Republik und Eritrea zum großen Teil sogar verschenken will.

Die deutsche und amerikanische Diplomatie gibt die moralische Diskreditierung Putins natürlich nicht wegen so einer Klarstellung auf: Dass die Länder mit der prekären Ernährungssituation von den Getreideexporten kaum etwas – die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.7.23 errechnet sogar nur 1 % – abbekommen haben, wird gar nicht bestritten. Aber, so die Auskunft, darauf kommt es auch gar nicht an. Wie auf Verabredung präsentieren US-Außenminister Blinken, Frau Baerbock sowie der UN-Generalsekretär alle dasselbe windige Gesetz von Angebot und Nachfrage als den durch Russland beschädigten Segenspende der Menschheit:

„Der anhaltende Einsatz von Nahrungsmitteln als Waffe durch die russische Regierung schadet Millionen schutzbedürftiger Menschen auf der ganzen Welt... Seit August 2022 hat die Black Sea Grain Initiative über 32 Millionen Tonnen ukrainisches Getreide und Lebensmittel in die Welt verschifft, darunter in einige der ernährungsunsichersten Regionen der Welt wie das Horn von Afrika, die Sahelzone, den Jemen und Afghanistan. Im weiteren Sinne hat jede

Lieferung im Rahmen der Initiative dazu beigetragen, die Not in den ärmsten Ländern der Welt zu lindern, da die Lebensmittelpreise für alle sinken, wenn Getreide auf die Weltmärkte gebracht wird.“ (Blinken, 17.7.23)

„Diese Initiative hat dazu beigetragen, die weltweiten Nahrungsmittelpreise zu senken – und war damit ein Rettungsanker für die schwächsten und am stärksten gefährdeten Menschen auf der Welt.“ (Baerbock vor der UNO)

Antonio Guterres, der als Chef der Vereinten Nationen über den Parteien steht, lobt Russland zuerst für die frühere Bereitschaft, die ukrainischen Exporte zuzulassen, und erinnert unbestimmt daran, dass für die Nichtverlängerung des Abkommens auch andere verantwortlich sind, um dann wie Blinken und Baerbock bei dem Argument zu landen, dass der Hunger eben nichts als eine Frage des Preises ist, den Getreide auf den Weltmärkten erzielt.

„Die Schwarzmeer-Initiative war – zusammen mit dem Memorandum of Understanding zur Erleichterung des Exports russischer Nahrungsmittel und Düngemittel – eine Lebensader für die globale Ernährungssicherheit und ein Leuchtfeuer der Hoffnung in einer unruhigen Welt. In einer Zeit, in der die Produktion und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln durch Konflikte, Klimawandel, Energiepreise und mehr beeinträchtigt wird, haben diese Abkommen dazu beigetragen, die Lebensmittelpreise seit März letzten Jahres um über 23 Prozent zu senken... Letztendlich ist die Teilnahme an diesen Vereinbarungen Entscheidungssache. Aber die Menschen in Not überall und in den Entwicklungsländern haben keine Wahl. Hunderte Millionen Menschen leiden unter Hunger, und die Verbraucher sind mit einer globalen Krise der Lebenshaltungskosten konfrontiert. Sie werden den Preis zahlen.“ (Antonio Guterres, 17.7.23)

Eine schöne Klarstellung zum Kapitalismus: Vor dem Essen kommt der Preis – je höher der Preis ist, der bezahlt werden kann und wird, desto sicherer findet das Getreide auch seinen Weg zu den Orten des Bedarfs, oder, andersherum gesagt: Dieser Bedarf zählt eben insofern und genau in dem Maß, wie er zahlungskräftig ist. Putins Vorwurf, von den ukrainischen Exporten sei kaum etwas in den Hungergebieten angekommen, verweist somit nur darauf, dass für diese Gebiete die Weltmarktpreise eben zu hoch waren und die Hungernden nur darauf hoffen können, dass sie sinken. Jetzt sind diese Preise, Guterres zufolge, beachtlich gesunken und dennoch sind die ukrainischen Weizenfrachter nach Europa und China gefahren und nicht nach Afrika. Egal, dann sind die Preise eben noch nicht genug gesunken, um Getreide dorthin zu lenken, und das „Leuchtfeuer der Hoffnung“, das Putin nun erstickt, müsste noch länger leuchten. Man soll es sich so vorstellen, dass jede zusätzliche Tonne Getreide, die auf die Weltmärkte gebracht wird, eine Wohltat für die Hungernden ist, denn wenn die Gesamtmenge nur so groß ist, dass auch für die am wenigsten zahlungsfähigen Bedürftigen noch etwas übrig bleibt, dann eben sinkt auch der Preis auf ein Niveau, das sie oder die Hilfsorganisationen, die sie ernähren, sich leisten können. Umgekehrt soll jede Verknappung des globalen Angebots, die auf die russische Nichtverlängerung des Deals zurückgeht, ein Anschlag auf die Hungernden sein. Den Ausfall russischen Getreides dagegen, dessen Export durch westliche Wirtschaftssanktionen verhindert wird, zählen die Ankläger nicht zur preistreibenden Verknappung. Nur von Russland verhinderte ukrainische Lieferungen beeinflussen den Weizenpreis zuungunsten der Hungernden; irgendwie „beigetragen“ haben – alle drei benutzen diese vage Formulierung – soll die verminderte Weltmarkt-Verfügbarkeit zum Getreidepreis, der offensichtlich noch andere Bestimmungsgründe hat – Gründe, die die Hungernden freilich, anders als Russlands Aktion, nun mal als Sachgesetz des Lebens respektieren müssen. Dieses Sachgesetz regiert an den Getreidebörsen der Weltfinanzzentren, auf denen Angebots- und Nachfragemengen und sogar deren vermutliche

zukünftige Entwicklung nur ein Gesichtspunkt der Spekulation sind. Dass sich Mengen nach Börsenlogik nicht so linear in Preise übersetzen, wie es die moralischen Anklagen vorstellig machen wollen, vermelden jetzt Ökonomen: Die Hungernden müssen nach Russlands Ausstieg aus dem Getreide-Abkommen gar keinen anderen Preis zahlen als bisher schon.

„Russland blockiert Getreidefrachter im Schwarzen Meer. Der Weizen wird trotzdem nicht knapp... Ganz so schlimm wie befürchtet scheint es nun doch nicht kommen zu müssen, selbst wenn Putin bei seinem ‚Njet‘ bleibt... Der wichtigsten Getreidebörse der Welt in Chicago war das vorläufige Ende des Abkommens jedenfalls nur ein kurzes Zucken wert. Ein Scheffel Weizen, das entspricht etwa 27 Kilogramm, kostete dort am Freitag 7,04 Dollar. Das waren zwar rund 50 Cent mehr als zwei Wochen zuvor. Aber 50 Cent weniger als Anfang 2022, lange vor dem Beginn des Krieges. Kurz nach Kriegsbeginn war Weizen sogar einmal doppelt so teuer... Wenn Liefermengen ausfallen, schießt der Preis kurz in die Höhe. Langfristig ist die Entwicklung der Nachfrage wichtiger. Und die ist seit geraumer Zeit verhalten. Um Geld zu sparen, verzichteten viele Leute auf vergleichsweise teure Lebensmittel wie Fleisch und Käse, und deshalb werde weniger Getreide ans Vieh verfüttert.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30.7.23)

An der volkswirtschaftlich geschulten Verurteilung Russlands ändert das nichts: Irgendwie hätte mit zusätzlichen ukrainischen Weizenmengen der Preis ja vielleicht noch tiefer fallen können. Der **US-Außenminister** jedenfalls lässt an der russisch verursachten Hungerkrise nicht rütteln und **schwört mit ihr die afrikanischen Staatschefs auf Russlandfeindschaft ein**, wenn sie sich schon von Putin zu einem Russland-Afrika-Gipfel einladen lassen.

„Blinken appellierte an die teilnehmenden afrikanischen Staaten: ‚Sie wissen genau, wer die Schuld an der gegenwärtigen Situation trägt.‘ Er erwarte, ‚dass Russland dies von unseren afrikanischen Partnern deutlich zu hören bekommt‘, so Blinken mit Blick auf die durch ausbleibende Getreideexporte ausgelöste Lebensmittelkrise vor Gipfel-Beginn.“ (Tagesschau, 27.7.23)

Die Afrikaner, jedenfalls ihr Sprecher, **der südafrikanische Präsident Ramaphosa, verstehen gut, wie Blinkens „Erwartung“ gemeint ist:** Den Anspruch, Russland zu verurteilen und sich auf die Seite des Westens zu schlagen, ignoriert Ramaphosa schlicht. Erst einmal dankt er Putin für sein Angebot:

„Wir erkennen an, dass Sie aus Großzügigkeit, aus dem Herzen der Russischen Föderation heraus beschlossen haben, Getreide für eine Reihe von Ländern auf dem Kontinent zu spenden, die vor Herausforderungen stehen. Wir respektieren und akzeptieren das.“ (faz.net, 30.7.23)

Andererseits tritt der Sprecher aller Afrikaner keinesfalls als Bittsteller auf. Wohltätige Spenden braucht er keine. Auch gegenüber Russland besteht er auf Selbständigkeit. Mit dem Verweis auf die afrikanische Betroffenheit von Getreideknappheit beansprucht er das Recht, sich in den Konflikt einzumischen – als neutraler Vermittler, der eigene Vorstellungen von einer Friedensregelung hat, die seinem Kontinent nützt.

„Wir möchten, dass das Schwarze Meer für den Weltmarkt geöffnet wird, und wir sind nicht hierhergekommen, um Spenden für den afrikanischen Kontinent zu erbitten... Afrikanische Länder hätten ein ‚Recht, zum Frieden aufzurufen‘, da der andauernde Konflikt auch afrikanische Länder über den Anstieg der Lebensmittel- und Düngerkosten treffe. Außerdem liege es ‚im Interesse der Menschheit und im Interesse der Menschen in Russland und der Ukraine‘, dass dieser Konflikt friedlich beigelegt werde.“ (Ebd.)

*

Für all das ist der Hunger in der Welt gut.